

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/79

Bonn, den 28. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Europa vor der Entscheidung 101

Von Lothar Löffler, MdB

3 Untragbare Zersplitterung 36

Strafung des Krankenversicherungswesens ist erforderlich

Von Karl Weishäupl, MdL, Bayern

4 Brigadier Pattakos als Verfassungsrechtler 40

Die selbst geschaffene Verfassung gilt nur als ein Fetzen Papier

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Verbindlich nur für die Bundesrepublik sprechen

Sich nicht unter Erfolgszwang setzen lassen

Anspruch auf einen Frieden der Verhandlungen

Herbert Wehner vor den Sudetendeutschen

Walter Richter wiedergewählt

Obhutspflicht für die Sudetendeutschen

Dynamisierung der Unterhaltshilfe

Bekennnis zur Nationalität

Wolfgang Koch

Europa vor der Entscheidung

Von Lothar Löffler, MdB

Der Zweite Weltkrieg stellt sich heute als ein welthistorischer Anachronismus größten Ausmaßes dar. Weitsichtiger Politikern war bereits im Jahre 1939 klar, daß die Frage zunehmend an Bedeutung verlor, wer in dem jahrhundertelangen blutigen Spiel um die europäische Hegemonie vorn liegen sollte. Dagegen zeigte sich unübersehbar das dringende Bedürfnis nach globaler Neuordnung der politischen und vor allem gesellschaftlichen Verhältnisse.

Ganz deutlich wurde dies zum Ende des Krieges: Europa war nicht mehr der Mittelpunkt der Welt, europäische Politik bestimmte nicht mehr den Pulsschlag der Weltpolitik. Andere Probleme schoben sich in den Vordergrund und bestimmten die Politik im weltweiten Maßstab. Dazu gehören die Bildung selbständiger Staaten aus den ehemaligen Kolonien, die Forderung unterentwickelter Länder, nicht nur mit den Ideen der abendländischen Zivilisation abgespeist zu werden, sondern auch eine materielle Basis durch eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung zu erhalten, sowie die Bemühungen einiger afrikanischer und asiatischer Staaten um die Gewinnung eines nationalen Selbstverständnisses. Heute ist das Urteil Pekings darüber, wer ein Imperialist gewesen sei und noch sei, für Krieg oder Frieden ausschlaggebender als irgendeine nationale Bestrebung irgendeines europäischen Staates.

Die europäischen Staaten müssen sich daher entscheiden, ob sie die seit Jahrhunderten betriebene Politik der Veränderung von Machtverhältnissen innerhalb Europas fortsetzen und damit Sicherheit und Frieden weiterhin gefährden wollen, oder ob sie sich untereinander verständigen und arrangieren, um die europäischen Verhältnisse für längere Zeit zu ordnen.

Nur im zweiten Falle können die bisher in gegenseitigen Rivalitäten und Aggressionen gefesselten Kräfte der europäischen Staaten freigesetzt werden für eine gemeinsame Politik des Fortschritts und des Friedens in allen Teilen der Welt. Wählt Europa diesen Weg nicht, so wird die Weltpolitik in absehbarer Zeit an unserem Kontinent vorübergehen. Wir können ja nicht erwarten, daß Asiaten und Afrikaner die Grenzen in Europa und das Verhältnis der europäischen Staaten untereinander zum Mittelpunkt ihres politischen Denkens machen und dafür die Lösung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten zurückstellen.

Die Bundesrepublik hat aus der Stellung Europas in der Welt und aus der Erfahrung mit einer Jahrhunderte währenden Geschichte ihre Konsequenzen gezogen, indem sie einen Beitrag zur Befriedigung und Verständigung in Europa leisten will. Es sollte dabei ruhig erwähnt werden, daß andere, jüngere Staaten, die gerade in die Weltpolitik eingetreten sind, zu Konsequenzen solcher Art nicht bereit sind, weil zum Teil übertrieben nationalistische Zielsetzungen noch immer die Hauptmotive ihres politischen Handelns sind. Europäische Staatsmänner hingegen blicken auf eine lange, von Krieg und Not gezeichnete Geschichte zurück. Sie sollten sich also auch von größerer

Erfahrung und Weisheit leiten lassen beim Abwägen zwischen Machtansprüchen und den Folgen, die sich aus ihrer Durchsetzung ergeben können. Es ist nicht Schwäche, sondern Stärke, wenn man aus der Erfahrung und Einsicht, daß der Friede das höchste Gut ist, alles vermeidet, was den Frieden gefährden könnte.

Diese Einstellung kommt jedoch nicht nur dem westlichen Teil Europas zu. Andere müssen aus der historischen Entwicklung ebenfalls Konsequenzen ziehen, auch dann, wenn sie deren Ergebnisse nicht gutheißen. Die europäischen Staaten östlich der Elbe zum Beispiel können sich nicht einfach historischen Gesetzmäßigkeiten entziehen und dem westlichen Teil Europas die ganze Verantwortung für die europäische Geschichte allein aufbürden, zumal sich gezeigt hat, daß auch der Marxismus-Leninismus kein dauerhaft wirksames Serum gegen nationale und imperiale Bestrebungen in seinem Machtbereich ist. Daß dies verkannt wird, belastet insbesondere das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Es ist keine gute Morgengabe für die begonnenen Gespräche, wenn man so tut, als herrschten in der Bundesrepublik noch jene imperialistischen und revanchistischen Kräfte, welche die alte europäische Eroberungspolitik auf Kosten ihrer Nachbarn fortzusetzen gedenken.

Die DDR betont immer wieder, sie habe sich von der kriegerischen Vergangenheit Deutschlands konsequent und gründlich losgesagt. Wer kann unter Hinweis auf konkrete Fakten bestreiten, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht das gleiche getan hätte? Dieser Wandel ist vollzogen worden durch eigene Einsicht und durch den Zwang der Siegermächte - und zwar in Ost und West gleichermaßen.

Von der DDR wird erklärt, daß nicht über die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges mit der Absicht diskutiert werden könne, sie möglicherweise zu korrigieren.

Bundeskanzler Brandt hat dazu mehrfach gesagt, daß seine Politik von der Situation ausgeht, wie sie ist, d.h., wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat. Die DDR hingegen will als Realität eine Situation hinstellen, wie sie z.Zt. nicht ist, sondern wie die Machthaber in Ost-Berlin sie sich wünschen. So ist es z.B. keineswegs eine zwangsläufige Folge des Zweiten Weltkrieges und dient ebenso wenig der Sicherung des Friedens in Europa, wenn man die rechtliche und wirtschaftliche Zugehörigkeit West-Berlins zum Bund leugnet, das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen für alle Zeiten auslöschen will und kaum die Bereitschaft erkennen läßt, das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander auf der Grundlage möglicher Kooperationen zu gestalten.

Nicht eine Seite allein kann bestimmen, was Realität ist. Allzu leicht gerät sie dann in die Versuchung, Realität mit Illusion zu verwechseln. Illusion aber ist eine schlechte Grundlage für eine auf Frieden und Verständigung gerichtete Politik. Auch die DDR muß sich um eine realistische Einschätzung der politischen Lage in und um Europa bemühen. Die Ansätze dazu sind bisher recht spärlich. Erst wenn sich Willi Stoph zum Sprung über den Schatten entschliesse, den Willy Brandt bereits genommen hat, würden die Gespräche der Hoffnung auf Erfolg, d.h. auf Verständigung, eine sichere Grundlage geben.

+ + +

Untragbare Zersplitterung

Straffung des Krankenversicherungswesens ist erforderlich

Von Karl Weishäupl, MdL, Bayern

Die starke Zersplitterung im gesetzlichen Rentenversicherungswesen ist allgemein bekannt. Diese verhängnisvolle Situation kennzeichnet aber leider ebenso unser Krankenversicherungswesen. Geringe Leistungsfähigkeit und zu hohe Beiträge sind die Folgen dieses Zustandes.

Im Bundesgebiet bestehen nicht weniger als 1846 unabhängige Krankenkassen! Diese Zahl setzt sich wie folgt zusammen:

		<u>Mitgliederzahl</u>
Ortskrankenkassen	401	15 854 369
Landkrankenkassen	102	438 963
Betriebskrankenkassen	147	4 052 297
Innungskrankenkassen	179	1 401 614
See-Krankenkasse	1	76 059
Bundesknappschaft	1	1 119 833
Arbeiter-Ersatzkassen	8	331 361
Angestellten-Ersatzkassen	7	6 854 956
	<u>1 846</u>	<u>30 129 452</u>

Aus diesen Zahlen geht klar hervor, daß es sich bei vielen dieser unabhängigen Krankenkassen um Zwerggebilde handeln muß. Wegen des Mangels an Koordination und der geringen Leistungsfähigkeit vieler dieser Kassen kommt die Zersplitterung den Versicherten teuer zu stehen. Auch hier ist im Interesse der Allgemeinheit eine radikale Änderung unseres Krankenversicherungswesens im Sinne einer Vereinfachung und Straffung erforderlich.

Dort, wo es um die berechtigten Interessen der Mehrzahl der Bevölkerung geht, darf man sich nicht an ideologisch gefärbten Abstrakta wie "Privatinitiative" und dergleichen mehr orientieren, sondern einzig und allein an den konkreten Interessen der Betroffenen. Deshalb fordert die SPD, daß ein einheitliches modernes Krankenversicherungswesen geschaffen wird, um dem Bedürfnis aller Bürger nach Sicherheit im Krankheitsfall gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang kann von "einer Sünde wider den Föderalismus" keine Rede sein. Es handelt sich ausschließlich um das Wohl der Arbeitnehmer, der Menschen also, mit deren Arbeitsleistung unsere gesamte Wirtschaft steht und fällt.

Brigadier Pattakos als Verfassungsrechtler

Die selbst geschaffene Verfassung gilt nur als ein Fetzen Papier

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Vor kurzem hat das Oberste Verwaltungsgericht in Griechenland den Beschluß des Innenministeriums annulliert, einem entlassenen Universitätsprofessor den Reisepaß zu verweigern. In der Verfassung der Junta heißt es im Artikel 107: "Das Oberste Verwaltungsgericht hat nach entsprechendem Antrag das Recht, Anordnungen der Verwaltungsbehörden wegen Gesetzesübertretung oder Machtmißbrauch für ungültig zu erklären"; in § 4 dieses Artikels liest man: "Die Verwaltung ist verpflichtet, Annullierungsbeschlüsse des Obersten Verwaltungsgerichts zu befolgen". Artikel 95 der gleichen Verfassung betont, daß "Richter in Ausübung ihres Amtes nur an die Verfassung und die Gesetze gebunden sind". Beide Artikel der Juntaverfassung sind seit dem 15. November 1968 in Kraft.

Das hinderte Innenminister Fattakos aber nicht, am 23. April zu erklären, die Verwaltung solle "im Rahmen des allgemeinen Interesses von Staat und Bürgern entsprechende Maßnahmen veranlassen; alle diese Beschlüsse - besonders wenn sie die Sicherheit des Staates betreffen - gelten für jeden Griechen und auch für die Mitglieder des Obersten Verwaltungsgerichts".

Es ist nicht das erste Mal, daß sich Pattakos mit Verfassungsfragen befaßt. Als das Regime im vorigen Jahr den Vorsitzenden des Obersten Verwaltungsgerichts gegen die Bestimmung der eigenen Verfassung entließ, meinte Pattakos, es gebe keine Macht, die sich über den Willen der "Revolution" erheben könne. Entsprechend hat das Innenministerium jetzt den Annullierungsbeschluß des Obersten Verwaltungsgerichts nicht anerkannt; dem betroffenen griechischen Bürger wird der Reisepaß nach wie vor verweigert.

Die Rechtsunsicherheit, die seit dem Putsch vom 21. April 1967 Griechenland verwirrt, ist groß. Der von uns geschilderte Vorfall ist charakteristisch für die Gewaltperspektive der Athener Machthaber, die sich nicht einmal an ihre eigene, antideokratische und unfreiheitliche Verfassung, die sie als juristischen Rahmen ihrer Macht-herrschaft geschaffen haben, gebunden fühlen. Sie benutzen diese vielmehr nur zu Eindruckseffekten. Außerdem ist bekannt, daß die Artikel, die den Griechen die Menschenrechte garantieren, immer noch nicht in Kraft gesetzt wurden.

Die selbstherrlichen Erklärungen des Innenministers Pattakos sollten alle jene warnen, die noch immer glauben, die Militärjunta wolle in Zukunft, Recht und Gesetz achten. Innenminister Pattakos, der einstige Brigadier, sieht Legalität nur bei den Panzern und in der Gewalt, mit denen er am 21. April vor drei Jahren die Grundfreiheiten des griechischen Volkes abgeschafft hat.